

Kolonialgeschichtsschreibung DDR

„Dreißig Jahre Deutsche Einheit“ heißt der Schwerpunkt des im Juni erschienenen *Forum Wissenschaft*, der Zeitschrift des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.¹ Als ein roter Faden durch die Beiträge zieht sich die Ausgrenzung des Ostens durch den Westen. *Astrid Landero*, einst Redakteurin beim ostdeutschen Jugendradio DT64, und die westdeutsche Historikerin *Gisela Notz* rekapitulieren in ihren jeweiligen Aufsätzen die Geschichte der DDR-Frauenbewegung. Beide Autorinnen schildern die Massenarbeitslosigkeit als Folge des Beitritts zur BRD sowie den gesellschaftspolitischen Rollback, durch den die Frauenerwerbsquote auf Westniveau herabgedrückt wurde. Landero zeigt gleichstellungspolitische Erfolge des „realen Sozialismus“ und deren Grenzen: „Überall entstanden in der späten DDR aktive soziale Selbsthilfenetzwerke. Dies (...) war (...) nicht nur ein Resultat von Mängeln und defizitären Dienstleistungen. Vielmehr entstand bereits seit den 70er Jahren eine soziale Eigendynamik, die Ergebnis (...) sozialer Gleichstellung war. Selbstverständlich war das Tür-an-Tür-Wohnen von Professoren und Verkäuferinnen. Hochschulabsolventinnen wählten nicht selten Liebes- und Lebenspartner, die Schlosser oder Kellner waren. (...) Kaum jedoch gelang es einer dieser gebildeten Frauen, die Gipfel der Wirtschaft, des Politbüros oder des Ministerrats zu erreichen.“ (S. 5) Zum Frauenkongress im März 1990 erschienen die Ostdeutschen „mit Männern und Kindern“ und sie „reagierten empfindlich auf gutgemeinte Belehrungen“ durch die „Schwestern aus dem Westen“ (S. 4).

Z-Redakteur *Stefan Bollinger* kritisiert die Ausgrenzung der DDR aus der deutschen Nationalgeschichtsschreibung vor dem Hintergrund der Widersprüche im Osten. Einerseits seien die Hoffnungen von 1989 auf „Demokratie und eine solidarische Gesellschaft“ (S. 18) uneingelöst geblieben, andererseits hätten die Ostdeutschen 1990 das Risiko „eines Experiments mit unsicherem Ausgang für ihre DDR“ nicht gewollt (S. 17). Mit Blick auf die deutsch-deutsche Auseinandersetzung mit dem Nazismus zitiert Bollinger die US-Philosophin und Leiterin des Potsdamer Einstein-Forums Susan Neimann: „Wenn ich darauf bestehe, dass der Antifaschismus der DDR ein aufrichtiger Versuch war, die Nazi-Zeit aufzuarbeiten, will ich nicht behaupten, dieser Versuch sei makellos gewesen. (...) Während die Aufarbeitung im Osten von oben kam, musste im Westen im Nachgang von unten gemacht werden, was oben fehlte.“ (S. 19) *Thomas Klein* befasst sich mit dem „rechten Rand der DDR-Aufarbeitung“. Der Autor beleuchtet die Aktivitäten ehemaliger DDR-Oppositioneller, unter ihnen Vera Lengsfeld, Angelika Barbe und Siegmund Faust, die heute der „Neuen Rechten“ nahestehen, also der AfD, Pegida und der *Jungen Freiheit*.

Manfred Weißbecker, Faschismusforscher und bis 1990 Hochschullehrer für Deutsche Geschichte an der Universität Jena, zeichnet den „Wissenschaftsumbau Ost“ und das Wirken des in der alten BRD gegründeten Wissenschaftsrates

¹ *Forum Wissenschaft*, H. 2/2020, 71 Seiten, 8 Euro.

nach. Er spricht von einer „weitgehenden Zerschlagung wissenschaftlicher Einrichtungen der DDR“ und einem „rigorosen Elitenwechsel“ (S. 21). So seien 95 Prozent der Lehrenden an der Jenaer Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät und in Sachsen mehr als 80 Prozent entlassen worden, unabhängig von den wissenschaftlichen Leistungen. Durch den „Wissenschaftsumbau“ habe man das akademische Personal in den ostdeutschen Ländern „stark dezimiert“ und „deutlich vermännlicht“, während der Westen durch freiwerdende Stellen seinen Überhang an Promovierten und Habilitierten habe abbauen können. Mittlerweile gibt es Selbstkritik aus dem Westen. Im Umbauprozess hätten „Neid, Rach-, Herrsch- und Habsucht“ eine Rolle gespielt, zitiert Weißbecker den ehemaligen Wissenschaftsratsvorsitzenden Dieter Simon. Für viele Betroffene kommt diese Selbstkritik freilich zu spät.

Johannes Häfner erzählt, wie er im Rahmen seines Dissertationsprojekts zur Kolonialgeschichte auf wichtige Fachliteratur aus der DDR stieß. Zwar distanziert sich der Autor von der „marxistisch-leninistischen Imperialismustheorie“, aber er würdigt doch den „kritischen Impuls“ der DDR-Geschichtswissenschaft gegenüber den „kolonialapologetischen Tendenzen der westdeutschen Kolonialismusforschung“ (S. 27). Hervorzuheben sei Horst Drechslers Habilitationsschrift von 1966 über „Deutsch-Südwestafrika“ und den Völkermord an den Ovaherero und Nama, eine Studie, die in Namibia noch heute hohes Ansehen genieße. Die ergiebige Forschung verdankt sich auch einer günstigen Quellenlage: „So hatte die Rote Armee nach 1945 nahezu sämtliche Aktenbestände zum Reichskolonialamt in die Sowjetunion verbracht, von wo sie ab 1955 in die DDR zurückgeführt“ wurden (ebd.).

Die Entwicklung der außerparlamentarischen Linken in Leipzig, speziell im Stadtteil Connewitz, stellt *Juliane Nagel* dar. Die Autorin untertreibt wohl, wenn sie schreibt, die „Antideutschen“ hätten die politische Szene „gelähmt“ (S. 34). Teile des „antideutschen“ Spektrums haben sich inzwischen rechtsradikalen Positionen angenähert. Dies wurde u.a. im Zuge eines Streits um einen Vortrag am Veranstaltungsort „Conne Island“ deutlich; der eingeladene Referent hatte im Internet Sympathien mit dem Islamhass der AfD bekundet. Seit jeher trägt die „antideutsche“ Ideologie insgesamt konservative Züge. Dazu gehören etwa eine unkritische Bejahung des „Westens“ und der Beifall für die von den USA und Israel geführten Kriege. Man sollte einmal den Gründen dafür nachgehen, warum die aus dem Westen stammenden „Antideutschen“ im Osten Fuß fassen konnten. Ein Schlüssel könnte im Verhältnis zur Nation liegen. Während des Kalten Krieges meinten manche in der DDR, „Deutsche zweiter Klasse“ zu sein. Einem Teil von ihnen mögen die Probleme des Vereinigungsprozesses heute als „nationale Frage“ erscheinen. Auch die „Antideutschen“ sehen die Welt durch die nationale Brille, wenngleich unter umgekehrten Vorzeichen. Diese Differenz zur Rechten haben einige von ihnen nun aufgegeben.

Michael Zander

Die arbeitende Klasse in der (Corona-)Krise

Die Corona-Pandemie betrifft zwar alle – aber nicht alle gleich. Eine umfangreiche Sonderausgabe der *Marxistischen Blätter*¹ widmet sich daher der „Lage der arbeitenden Klasse in der (Corona-)Krise“. Wobei die Redaktion eingangs klar stellt, dass die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie sich weniger unmittelbar aus der Pandemie selbst als aus deren politischer Verarbeitung ergeben. Nicht ganz zufällig erinnert der Titel daher auch an die legendäre Studie von Engels, ist Krisenpolitik doch immer auch eine Frage von Klassen- und Kräfteverhältnissen.

Neun kurze „Lageberichte“ aus verschiedenen Ländern bzw. Regionen geben Einblicke in die konkrete Situation verschiedener Teile der Welt. *Robert Krotzer* (KPÖ, Graz) beleuchtet das Krisenmanagement der österreichischen Regierung Kurz und seine Widersprüche sowie die Versuche der herrschenden Klasse, die Krise in ihrem Sinne zu nutzen. Er macht deutlich, dass nach einer kurzen Phase vorgeblich antineoliberaler Rhetorik nun verschärfter Klassenkampf von oben und die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung drohten – wogegen gerade Kommunisten nun breiten Protest mit einer progressiven Perspektive organisieren müssten. *Stefan Kühner* wirft einen Blick auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie für die ASEAN-Staaten, in denen umfangreiche Betriebs-schließungen unter Bedingung fehlender sozialer Absicherung nicht nur zur Verelendung der Lohnabhängigen beitragen. Für die von Teilen des Kapitals erhobene Forderung nach „Reshoring“, also die Rückverlagerung von Produktionsstätten in heimische Gefilde, wirke die Pandemie zudem beschleunigend. Im Windschatten der Pandemie, so Kühner, finde daher eine „Umorganisation der weltweiten Arbeitsverteilung statt, die schon längst geplant war“, und die zu Lasten der Arbeiterklasse ginge (S. 27f.). Auch für die Stellung der ASEAN-Staaten im Spannungsfeld zwischen China und den USA werde die Pandemie nicht folgenlos bleiben. *Eduardo Gonçalves Serra* (Int. Sekretär der Brasilianischen Kommunistischen Partei, PCB) analysiert die Situation im dramatisch von der Pandemie getroffenen Brasilien, das unter Bolsonaro gleich eine doppelte Krise durchlebe: die extremen Folgen der Pandemie (Anfang August wurden in Brasilien offiziell 2,8 Mio. Infizierte gemeldet) träfen auf eine tiefe politische Krise, die das Verhältnis des rechtsradikalen Staatschefs zum politischen Apparat betrifft. Mehrere Minister seien zurückgetreten und Petitionen zur Amtsenthebung Bolsonaros eingereicht worden, die nicht zuletzt auf seine Missachtung für staatliche Organe und Vorwürfe der Verstrickung in kriminelle Aktivitäten zurückgingen.

An die „Lageberichte“ schließen sieben weitere an, die sich verschiedenen Segmenten der lohnabhängigen Klasse widmen. *Werner Rügemer* umreißt die Bedingungen für klassenkämpferische Politik in der Coronakrise: Entgegen öffentlicher Verlautbarungen à la „Wir bleiben zu Hause!“ sei der Betrieb in etlichen Bereichen weitergelaufen. In angeblich systemrelevanten Bereichen wie

¹ *Marxistische Blätter*, H. 4-2020, 200 S., 12,50 Euro. Bezug: redaktion@marxistische-blaetter.de.

der Fleischindustrie sei derweil überhaupt nicht auf Gesundheitsschutz geachtet worden. Den vergleichsweise knappen Kurzarbeitergehältern stünden Milliardenhilfen für Unternehmen gegenüber, die von der Politik zudem quasi ohne jede Auflage vergeben worden wären. Gewerkschaften und DGB hätten indes „ihre Einbindung in das gescheiterte Modell der sozialen Marktwirtschaft und der Sozialpartnerschaft fortgeführt“ (S. 49), einzig ver.di habe im Gesundheitssektor und gegenüber dem Krisenprofiteur Amazon eine relativ kämpferische Politik verfolgt. *Lena Kreymann* (SDAJ-Bundesvorsitzende) schildert die Situation der Schüler und Jugendlichen: Bereits jetzt hätten acht Prozent der Bewerber ihren bereits zugesagten Ausbildungsplatz wieder verloren, laut IG Metall käme es in zwei Drittel der Ausbildungsbetriebe zu Einschränkungen bei der Ausbildung. Auch für die Unterstützung der Schüler im „Homeschooling“ sei nicht ausreichend Sorge getragen worden. All dem stünden bereitwillige Hilfen für die Kapitaleseite gegenüber. *Rolf Becker* (Hamburg) kommentiert die Lage der Kunst- und Kulturschaffenden, die mitunter nur wenig von den staatlichen Unterstützungsleistungen verbessert wurde. Auch er kritisiert, dass am 1. Mai von „gewerkschaftlicher Widerstandskraft und Gegenmacht wenig zu spüren“ gewesen sei: „Aber die ist angesichts der noch kaum zu überschauenden Verwüstungen dieser Krise aktuell und für die Zukunft notwendiger denn je“ (S. 60).

In der Rubrik „Positionen“ werden darüber hinaus diverse Aspekte der Krise bzw. Krisenpolitik diskutiert: So etwa globale Ökonomie (*Conrad Schuhler*, *Lucas Zeise*), Freiheitsrechte und Überwachung durch die Corona-Warn-App (*Ronald Pienky*), die Krisenpolitik der Bundesregierung (*Andreas Wehr*) oder die Reaktionen der Partei Die Linke (*Hans Modrow*). Beiträge zu Engels von *Holger Wendt* und *Hans-Peter Brenner* stellen den Bezug zum diesjährigen Engels-Jubiläum her. Allein ob der Fülle und thematischen Breite der Beiträge also eine so umfangreiche wie verdienstvolle Publikation, die den Klassencharakter der Krisenpolitik beleuchtet und viel Anlass zur Diskussion bietet.

John Lütten

Über „Öko-Leninismus“

Für den diesjährigen Herbst kündigt der angloamerikanische Verlag Verso Books das Erscheinen des Buchs *Corona, Climate, Chronic Emergency. War Communism in the Twenty-First Century* von *Andreas Malm* an. Bereits in früheren Veröffentlichungen hat der an der Universität im schwedischen Lund tätige Humanökologe die akute Klimakrise aus marxistischer Perspektive untersucht. Insbesondere hat er dabei den Materialismus gegen idealistische Interpretationen verteidigt, die die Natur zu einer bloßen Fiktion oder sozialen Konstruktion erklären. Der Klimawandel, so lässt sich seine Kernthese zusammenfassen, ist zwar menschengemacht, aber nicht „sozial konstruiert“.

Im Interview mit der französischen trotzkistischen Zeitschrift *Révolution Permanente*, das in englischer Sprache auf der Verlagswebseite veröffentlicht wur-

de (7.10.2019), schildert Malm seine ursprüngliche Distanz zur Umweltpolitik. Im Jahr 1995 habe er an der ersten UN-Klimakonferenz in Berlin im Rahmen des Kyoto-Protokolls (COP-1) teilgenommen. Danach habe er sich jedoch vor allem in der radikalen Linken engagiert und Umweltpolitik als Luxus und kleinbürgerliche Ablenkung von Fragen des Klassenkampfes oder der Lage der Palästinenser betrachtet. Offensichtlich, so seine rückblickende Einschätzung, habe er damit völlig falsch gelegen. Leider gebe es eine linke Version des „Business as usual“, in der Klimaschutz weniger wichtig ist als Politik für die Arbeiterklasse, für Antirassismus, Feminismus usw. Aber, so Malm in Anlehnung an Naomi Klein, bei der Klimafrage gehe es buchstäblich um alles. Auch wenn der Marxismus noch nicht über viel Einfluss in der Klimabewegung verfüge, sei vielen Protestierenden klar, dass die fossilen Industrien dringend von der Erde verschwinden müssten.

Im Gespräch mit *Deutschlandfunk Kultur* (21.6.2020) stellt Malm den Zusammenhang zwischen Produktionsweise, Umweltkrise und Corona-Pandemie her. „Der Kapitalismus muss immerzu wachsen – das bedeutet, dass er permanent seinen materiellen Umsatz steigert. Und dafür muss er auch immer mehr Natur, Regenwälder und wilde Tiere in Waren verwandeln, die man auf einem Markt verkaufen kann.“ Um die tieferliegenden Ursachen von Pandemien und Klimakatastrophen zu bekämpfen, müsse man die „Produktions- und Konsumformen“ regulieren. Malm fordert einen „Öko-Leninismus“ und meint damit vor allem staatliche Eingriffe in kapitalistische Eigentumsrechte. Ein Ziel sei es, „alle Unternehmen, die fossile Energieträger herstellen, zu verstaatlichen und die fossile Produktion zu beenden. Stattdessen sollten sich diese Unternehmen dann der Verringerung von CO₂ in der Atmosphäre widmen.“ Dies wäre „eine massive Erweiterung der Demokratie, wenn man eine Diktatur abschafft – und es ist eine Art Diktatur, die das fossile Kapital derzeit über das Schicksal der Erde ausübt.“ Einschränkungen seien möglicherweise auch beim Alltagskonsum notwendig. Wenn etwa die Produktion von Schokolade oder Kaffee massive Abholzungen zur Folge habe, dann gebe es kein Recht, den Verbrauch dieser Produkte weiter auszudehnen. „Ich sage das nicht, weil ich denke, dass Abstinenz oder Genügsamkeit an sich einen Wert darstellen. Aber es gibt materielle Grenzen in dieser Welt – und diese Grenzen kommen immer näher.“

Eine Schwäche dieser Argumentation besteht darin, dass ein mit dem Kapital auf vielfältige Weise verflochtener Staat weder in der Lage noch bereit zu solchen Eingriffen ist. Zu einem „Öko-Leninismus“ würde also noch einiges mehr gehören, erstens eine revolutionäre Strategie für den Fall, dass Regierung und Staat in eine ernsthafte Krise geraten, zweitens ein populäres, von der Bevölkerung getragenes Zukunftsprogramm für eine ökologisch-genossenschaftliche Umgestaltung von Produktion und Staat. Dafür liegen derzeit die gesellschaftlichen Bedingungen nicht vor. Auch wenn Malm mit Blick auf Ausmaß und Gefahr der heutigen Krise Recht haben dürfte, trägt die im Begriff des „Öko-Leninismus“ angelegte historische Analogie nicht weit. Dies gilt vermutlich auch für den „Kriegskommunismus“, von dem im Untertitel seines angekündigten Buchs die Rede ist.

Michael Zander